

# Erschüttert von der Ignoranz

**Kirchentag Betrieb der  
Landebahn aussetzen**

■ **Marienborn.** Mit dem Aufruf zum 1. Marienborner Fluglärmkirchentag appelliert der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Marienborn an alle Verantwortlichen, die geplante Inbetriebnahme der neuen Landebahn solange auszusetzen, bis die nötigen fest versprochenen Schutznormen für die betroffene Region rechtskräftig umgesetzt sind.

„Der Kirchenvorstand ist von der Rücksichtslosigkeit, mit der die Flughafenindustrie über das Rechtsempfinden zahlloser Menschen hinweggeht, erschüttert“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Wir sind in unserm Rechtsempfinden zutiefst verletzt. Wir sehen, dass die Klagen vor Gericht für den gesundheitlichen Schutz, für die wir in unserer Kirchengemeinde Geld gesammelt haben, bis heute nicht gehört geschweige denn verhandelt wurden“, schreiben Berit Sommerfeld, Vorsitzende des Kirchenvorstandes, und Pfarrer Harald Jaensch.

Viele Menschen hätten sich daher resigniert zurückgezogen. Deshalb seien alle jene Menschen eingeladen, die unter dem Fluglärm persönlich leiden oder Verantwortung für ihre Schutzbefohlenen tragen. „Wir möchten die Initiativen und die politischen Kräfte diesseits und jenseits des Rheins bestärken, dem Rechtsanspruch auf nötigen Lärmschutz zur Durchsetzung zu verhelfen“, heißt es weiter. Der Fluglärmkirchentag ist am Sonntag, 16. Oktober, am evangelischen Gemeindehaus ab 11.30 Uhr.

# Ober-Olm klagt gegen die Südumfliegung

**Gemeinderat 5000 Euro für aus Etat bereitgestellt**

■ **Ober-Olm.** Die Gemeinde Ober-Olm nimmt die Rolle als klagende Mustergemeinde gegen die Lärmbelastung durch die so genannte „Südumfliegung“ an, durch die vom Frankfurter Flughafen startende Flugzeuge künftig stärker über Rheinhessen hinwegdonnern werden. Der Gemeinderat stimmte der Bereitstellung von zunächst 5000 Euro zu, die als Kostenbeteiligung an den geplanten juristischen Auseinandersetzungen um die Folgen des Flughafenbaus für die rheinhessischen Gemeinden eingesetzt werden sollen.

Stellvertretend solle Ober-Olm ebenso wie Klein-Winternheim, Nackenheim und Nierstein als Repräsentant der betroffenen linksrheinischen Kommunen die Klage gegen die Routengenehmigung führen, erläuterte Ortsbürgermeister Heßbert Schmitt (SPD) das Ergebnis des Sondierungsgesprächs mit der Landesregierung. Das Land schickt das Mainzer Uniklinikum als klagende Körperschaft ins Rennen. An dem Treffen in der Landeshauptstadt hatten neben dem Ministerium und den Kommunen Vertreter der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nieder-Olm, Landrat Claus Schick (SPD) und die Fluglärmbeauftragten der Kommunen teilgenommen.

„Im Kern sind sich alle einig“,

berichtete Schmitt von einvernehmlichen Gesprächen. An Kosten für den angestrebten Rechtsstreit erwartet die Runde laut Schmitt in den kommenden vier Jahren zwischen 500 000 und 600 000 Euro. Ein Handlungskonzept werde derzeit erarbeitet und werde bei dem nächsten Treffen am 21. Oktober vorgelegt.

**„Letzte Möglichkeit des Protests“**

Der Gemeinderat unterstützte die Ausgabe geschlossen. „Spät genug, um noch ein Rechtsverfahren anzustreben“, sieht Raimund Bär (SPD) allerhöchste Eisenbahn für die Klage. Die hessische Seite habe zu Lasten der linksrheinischen Gemeinden „Täuschung“ begangen, sagte Bär.

Wendelin Schultheis (CDU) geht davon aus, „dass wir mit dem Bezahlen nicht alleine sein werden“. Für Doris Leininger-Rill (FWG) steht die Kostenfrage nicht im Vordergrund, „die Gesundheit der Bürger ist in Euro nicht aufzurechnen“, sagte sie. Sie sieht die Lage als „letzte Möglichkeit des Protests“. Andrew Ullmann (FDP) schließlich erinnerte daran, dass Ober-Olm schon seit zehn Jahren als von Fluglärm belastete Gemeinde eingestuft sei. „Wir sind für die Gesundheit der Bürger und den Werteverlust der Häuser verantwortlich“, sieht er die Ortspolitik im Handlungszwang. *gus*